

Klasen ./ . Amtsgericht Tiergarten- Bezirksamt Pankow von Berlin

Rüdiger Klasen  
Wittenburgerstr.10  
**19243 Püttelkow**

22.08.2014

**Der Präsident des Amtsgericht Tiergarten in Berlin**  
**Kirchstraße 6**  
**10557 Berlin**

**Betrifft: Mitteilung des Gerichts vom 14. August 2014 mit AZ: 217a AR 41/14**

Erneuter Sachvortrag zum Schreiben des Gerichts **Herr Jacobs** vom 30.07.2014 zur sofortigen Dienstaufsichtsbeschwerde, Fachaufsichtsbeschwerde und DIENSTGERICHTSBESCHWERDE vom 19.07.2014/ Rüdiger Klasen Geschäftszeichen: **FBL II – 3133E-F 80/14 AG Tg**

in Sachen gegen Richter **Herr Herbst** und dessen tatbeteiligte **Justizbeschäftigte Frau Goldmann** vom **Amtsgericht Tiergarten in Berlin**

**Zeichen des Gerichts: 217a AR 41/14**

**betr. 327 OWi 3042/14 mit willkürlicher Unterstellung illegaler Flyerverteilung**

wegen

hartnäckige Verweigerung rechtliches Gehör Art. 103 Abs. 1 GG für meine Person, Nötigung § 240 StGB, § 241 StGB Bedrohung, § 253 StGB Erpressung, § 270 StGB Täuschung im Rechtsverkehr, illegal verbotene Anwendung nationalsozialistischer Gesetze und nationalsozialistischen Rechts (Verstoß SHAEF Gesetz 1 Absatz III und Artikel 139 GG) durch den Gesetzgeber und in § Folge für jeden einfache Befehls(Weisungs-) Empfänger

Angezeigt wird dem Gericht die vorsätzliche illegal- arglistig- heimtückische juristisch-staatsrechtliche Fortführung des 3. Reiches von Adolf Hitler = Nazismus und Faschismus in Deutschland durch die BRD!

Angezeigt wird dem Gericht darüber hinaus offenkundige STAATENLOSIGKEIT durch den geheimen Staatsstreich am 8. 12. 2010, Urkundenfälschung im STAG- Gesetz, § 270 StGB Täuschung im Rechtsverkehr,

Es liegt damit offenkundig SHAEF – VERSTOß auch seitens Richter **Herr Herbst und dessen Gehilfin/ Justizbeschäftigte Frau Goldmann** und weitere am OWi- Verfahren beteiligte Personenkreise!

Angezeigt wird dem Gericht offenkundige STAATENLOSIGKEIT durch den geheimen Staatsstreich am 8. 12. 2010, Urkundenfälschung im STAG- Gesetz, Bruch der verfassungsmäßigen Grundordnung, Verstoß gegen das Militär Grundgesetz, Bruch/ Beseitigung der freiheitlich demokratische Grundordnung. Darin alle tatbeteiligten Einzelpersonen und Personenkreise in Deutschland.

Angezeigt wird dem Gericht totalitäre Behörden- und Justizwillkür, offenkundig politisch motivierte Verfolgung und Schikanierung meiner Person durch das **Amtsgericht Tiergarten in Berlin – Richter Herbst und dem Bezirksamt Pankow von Berlin**.

Es liegt allg. Grundrechteverletzung und Verstoß gegen die Menschenrechte seitens Richter Herr Sattler gegen meine natürliche Person vor.

Verstoß gegen EU- Charta, Verstoß gegen Das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit“ vom 6. XI. 1997, Verstoß gegen Artikel 54 CRCH - Verbot des Mißbrauch der Rechte, Untätigkeit, Unterlassung, organisierter Unverantwortlichkeit und grobe Verletzung der Dienstpflicht, Verletzung der Auskunftspflicht- keine bürgernahe Auskünfte – gesamt Grundrechteverletzung Artikel 1- 19 GG + Landesverfassung MV Artikel 5 und aller weiteren in Frage kommender Straftaten gegenüber meiner Person,

Angezeigt wird dem Gericht: Aus genannten Gründen KEINE RECHSTKRAFT durch NICHTIGKEIT des Beschlusses vom Amtsgericht Tiergarten in Berlin.

Strafanzeige gemäß § 258 StGB, § 258a StGB, § 240 StGB, § 241 StGB.

2. In Folge Zurückweisung und Befangenheitsantrag zum betr. **Beschluß vom Amtsgericht Tiergarten Richter Herr Herbst vom 12.06.2014 (Zustellung: 24.06.2014) Zeichen des Gerichts: 217a AR 41/14**

Sehr geehrter Herr Jacobs, sehr geehrte Damen und Herren,

**Ich bin von der ehrenamtlichen Dienstreise bis auf weiteres wieder zurück in Deutschland und übernehme. Frau Anke Hoffmann hat mich zwischenzeitlich dazu vertreten, was ich ausdrücklich bekräftige und bestätige. Dem notwendigen Verfahren ist selbstverständlich Fortgang zu geben.**

Es besteht öffentliches Interesse im gesamten Vorgang. Gemäß § 63 BBG tragen alle Beteiligten in der Bundesrepublik Deutschland für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung.

Um Wiederholungen zu vermeiden: Bitte geben Sie bei Ihren künftigen Schreiben unbedingt den Vor- und Zunamen des Verfassers an, damit ich bei einem eventuellen Durchgriff gemäß § 823 BGB respektive 839 BGB nicht gehindert bin.

Ich bitte um unterzeichnete Eingangsbestätigung mit Aktenzeichen Ihrer Behörde.

Mit freundlichen Grüßen Rüdiger Klasen